



öffentlich

Betreff:
Neubau Verwaltungscampus

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis

Erstellungsdatum 19.11.2019

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

04.12.2019 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen einer Erweiterung des Verwaltungscampus geeignete Standorte zu untersuchen. Dabei sind die Verfügbarkeit, die Infrastruktur und die finanziellen Auswirkungen zu untersuchen. Ein Ergebnis sollte der SVV im Mai 2020 vorgelegt werden.

gez. W. Kirsch
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In diese Untersuchungen sollte die Biosphäre mit Gebäude und Fläche einbezogen werden. Dieser Standort eröffnet dem Bornstedter Feld und dem zukünftigen Wohngebiet Krampnitz von der Erreichbarkeit und der Infrastruktur mehr Möglichkeiten als andere Standorte. Potsdam wächst im Norden. Das sollte bei den Prüfungen berücksichtigt werden. Baugrundstücke in der Innenstadt, die für den Wohnungsbau wichtig sind, sollten nicht dem Verwaltungscampus geopfert werden. Der Verkauf von einem Teil der Fläche vom jetzigen Campus würde Geld generieren und Raum für dringend benötigten Wohnraum schaffen. Eine Erweiterung des Verwaltungscampus ist für unsere wachsende Stadt unausweichlich. Aus genannten Gründen sollte daher eine zukunftsorientierte Lösung erarbeitet werden. Da es konkret um ein Leistungszentrum für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt geht, sollten diese auch mit einbezogen werden.